

Wossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 3600-3665.
Fernverkehr: Dönhofs 3636-3698. Telegramm-nr.: Ullsteinhaus, Berlin.
Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestelgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Klein-Verkaufsstellen für eine bestmögliche Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

10 Pf. [Anwieder] 15 Pf. Nr 472

SONNABEND, 1. OKTOBER 1932

ABEND-AUSGABE

Hamburgs Verkehr steht still Im Schatten Ottawas

Streik auf der ganzen Linie

Von DR. ALBRECHT GRAF MONTGELAS
Berichterstatler der Vossischen Zeitung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 1. OKTOBER

Hamburg steht heute im Zeichen des Verkehrsstreiks. Sech- und Untergrundbahn, Straßenbahn, Autobus und Wasserstraßenverkehr, die zum Interessensbereich der Hamburger Seehafen-Gesellschaft gehören, sind stillgelegt. Einiges Verkehrsmittel für das große Publikum ist die der Reichsbahn unterstellte elektrische Stadt- und Vorortbahn, die in doppelter Zugfolge und in doppelt starken Zügen den ungescherten Ansturm des Publikums zu bewältigen hat. Außerdem hat die Polizeibehörde sofort die einschneidenden Bestimmungen für alle Autobusse aufgehoben, so daß doppelt so viel Kraftfahrzeuge auf den Straßen sind wie sonst. Sämtliche Liniennetze haben mit Privatautomobilen und Fernverkehrsnetzen bereits einen Notverkehr eingerichtet. Trotzdem haben viele Kaufleute heute morgen einen langen Fußmarsch zurücklegen müssen, um an ihre Arbeitsstätte zu gelangen.

Wahrscheinlich ist der Streik nicht gelommen, denn die seit Wochen geführten Lohnzusammenhänge haben in den letzten Tagen auf des Meisters Schneide. In der vergangenen Nacht haben die Arbeiter und Angestellten der Verkehrsunternehmungen mit übermächtiger Mehrheit beschlossen, die Forderung der Arbeitgeber auf fünfprozentige Lohnsteigerung abzulehnen und einen sofortigen Streik zu proklamieren. Der Streik richtet sich nicht allein gegen die beschäftigte Lohnzahlung, sondern auch gegen die drohenden

Massenentlassungen, die infolge der beschlossenen drohlichen Verkehrsunterbrechung der Seehafen zu befürchten sind.

Bereits bei den letzten Verhandlungen verlusten die Arbeitnehmer, Sicherheiten zu erlangen, daß im Falle von Lohnrückzahlungen weitstens die Gefahr von Massenentlassungen ausgeschlossen würde. Zur Zeit finden noch keine neuen Verhandlungen zwischen der Seehafen-Gesellschaft und ihren Arbeitern und Angestellten statt. Es ist daher auch nicht abzusehen, wie lang sich der Streik hinziehen wird.

Der Arbeitsminister greift ein

Im Tarifstreik des Hamburger Verkehrsgebietes hat der Reichsarbeitsminister die Tarifparteien zu Verhandlungen in der Nacht vom 29. auf den 30. September um 48 auf 45 Stunden und eine Lohnsenkung von 5 v. H. vor, auf Montag den 3. Oktober, nachmittags 2 Uhr in das Reichsarbeitsministerium eingeladen.

Auch die Hochseefischer streiken

In der Hochseefischerstreik ist heute ebenfalls der Streik ausgebrochen, der sich bis auf die großen Fischerböden Altona, Weizenböden und Gattungen erstreckt. Die Streikenden wollen sich auf die Gewinne in den kleineren Böden anziehen lassen. In Altona fanden heute vormittags auch Verhandlungen statt, die sich aber verfruchtlos haben. Die Hochseefischer hat gegenwärtig ihre Saison, die bis Mitte November dauert.

Vor dem Hindenburg-Tag

Die Flut der Glückwünsche

Im Büro des Reichspräsidenten in der Wilhelmstraße herrscht heute großer Betrieb. Alle Hände haben zu tun, um die Glückwünsche entgegenzunehmen, die sich schon zu Berge türmen. Telegramme, Briefe, Rundgebungen aus allen Teilen des Reiches und aus dem Auslande, von Einzelnen, von Verbänden, Körperschaften, Behörden, Regierungen, bezeugen Achtung und Verehrung. Sie zeigen zugleich aus dem Vertrauen, das auch in Sundern von Büschigen und Wittgenstein zum Ausdruck kommt.

Unter den Glückwünschen der deutschen Länder ist in erster Linie zu nennen die Glückwünsche der Bayerischen und der Württembergischen Staatsregierungen. In dem Schreiben Bayerns heißt es: „Euer Exzellenz waren der ruhmreiche Führer und Helfer Deutschlands im Weltkrieg und in den bangen Tagen des Zusammenbruchs. Euer Exzellenz haben ihr ganzes Leben in selbstloser Hingabe und im Bewußtsein von höchster Verantwortung und Pflichtbewußtsein in den Dienst des deutschen Vaterlandes gestellt.“

In größter Verehrung genießt das deutsche Volk an dem Jubeltage ihrer unerschütterlichen Verdienste.“

Württembergische Glückwünsche lautet: „An dem Begegnungsmoment der Flut zum Reich wird sich auch das ganze württembergische Volk an Ihrem Geburtstag und Euer Exzellenz freuen als dem getreuen Eckstein des Deutschen Reiches und dem ehrwürdigen Säulen seiner Verfassung. Wäge es Ihnen gelassen, unser geliebtes Vaterland mit glücklicher Hand durch alle die Stürme zu steuern, die es in seinen Grundfesten erschüttert haben. Wäge der Schutz des Allmächtigen mit Ihnen je!“

Dafür, daß die Parteipolitik auch unter den Glückwünschen nicht zu kurz komme, hat die Nationalsozialistische Preussische Landtagsfraktion gefordert. Sie hat folgendes Telegramm: „Dem Generalfeldmarschall des großen Krieges bezuglich Glückwünsche und die Bitte: Mit Adolf Hitler für ein starkes Preußen und Deutschland. Gott segne Sie!“ Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtages, Wilhelm Rabe.

Das Abkommen wird der deutschen und belgischen Regierung zur Billigung unterbreitet werden.

Gröpfung der „Dela“

Heute vormittags fand in den Ausstellungshallen am Kaiserbaum der Festakt zu Beginn der Deutschen Zuspätschiebung in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste statt, unter denen sich auch viele Vertreter des deutschen Flugspornes befanden. Mit dem Bismarck-Streit und Freiheit der deutschen Luftfahrt erklärte der Reichsverkehrsminister Freiherr von Helldorf die Ausstellung für eröffnet.

(Über die Einzelheiten der Feier berichten wir auf der vierten Seite des Hauptblattes.)

Es war also eine Kabinettstunde und keine Regierungssitzung. Eigentlich hatte auch niemand zu diesem Zeitpunkt eine Regierungssitzung erwartet. Aber die Wünsche der ungeduldig am Zügel reichenden radikalen Tories und der aus parteipolitischen Gründen immer auf eine Krise hoffenden Labour-Opposition hatten in den allerletzten Tagen vor der Entschcheidung die Atmosphäre durch übertriebene und Breitenart in solche Richtung gedrückt, daß man wirklich an das Vernehmen eines größeren Sturms glauben konnte.

Es ist bei einem letzten Wind geblieben, der nur die Wälder abblühtete, die zum Fallen bereit waren. Das Kabinett ist noch am gleichen Tage, am dem Gewinnen, Samuel und Sinclair austreten, wieder ergänzt worden, und zwar „aus dem eigenen Veltand“. Neulingsgewonnen ist nur der Minister für Schottland, ein politisch unwichtiges Portefeuille, das eine steigende Zahl von Vertretern in Schottland selbst für ganz überflüssig halten und durch ein eigenes Parlament in Edinburgh ersetzt sehen mußten.

Nicht einmal der Ehrenposten im Kabinettskollegium, das Amt des Großjustizministers, ist als rückstehende Auszeichnung an irgendeinen opponierenden Tory-Abgeordneten oder Lord gegeben. Die drei Verbleib der Premierminister seinem Mittelstücken Stanley Baldwin, und da dieser sofort erklärte, er werde sich die Wästen dieses neuen Amtes nicht entziehen lassen, spart der Staatsrat etwa 30 000 Soldat im Jahr.

Deutlicher konnte MacDonald dem Lande nicht demonstrieren, daß es keine Regierungssitzung war und daß sich nichts geändert hat und auch (vorläufig) nichts ändern werde. Das ist also (vorläufig) das einzige Resultat des Austritts der Samuel-Liberalen, die nicht „B“ sagen wollten, nachdem sie „A“ gesagt haben.

Diese Feststellung enthält den Grund, warum ihre öffentliche Demotivation einen unmittelbaren entscheidenden Einbruch nicht gemacht hat. Ihre Gegner haben es leicht, auf Antonienfragen hinzuweisen und vor allem auch darauf, daß die liberalen Minister in Wien, wo die Konferenz von Ottawa einberufen und was da geplant war. Warum sind sie schon nicht damals ausgetreten, als im Kabinett die Besichtigung der Konferenz beschlossen wurde? Denn nachdem sie einmal den Gedanken auf, daß das Britische Empire — ein Drittel des der industriellen Zivilisation anhängenden Erdballs — ein besonderes Gesamtproblem darstelle und einer globalen Gesamtregelung sich unterwerfen sollte, so kann das laienhaftige Resultat der Konferenz den jetzigen Schritt der liberalen Freiländer kaum rechtfertigen.

Grade das Hauptargument Sir Herbert Samuels und seiner Freunde, daß durch das Abkommen von Ottawa die volle Souveränität Englands in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen beschnitten worden sei, klingt sonderbar im Munde liberaler Staatsmänner. Es ist das alte Argument der Rationalisten gegen jede wirtschaftliche Einmischung in einen übernationalen Organisation, wie z. B. des Völkerbundes, auf rein politischem Gebiet. Es wundert vor allem jeden Versuch, größeres Einfließen zum Besten vieler kleiner Einheiten zu bilden. In diesem speziellen Fall leugnet es eher will nicht anerkennen, daß in Ottawa der Anfang damit gemacht wurde, die Autarkieverträge, die auch die Dominions schon stark getroffen hatten, vorläufig wenigstens einmal zum Stillstand zu bringen und innerhalb des riesenhaften Gebiets des Empire den Abbau von Wännen zu fördern und das Verständnis für freien Handel wenigstens einzuleiten.

Die Argumente der Samuel-Liberalen und vor allem ihre ausgezeichnete und klare Formulierung und Zusammenfassung in einem an die „Times“ gerichteten und von ihr wiederabgegeben Brief des betananten Nationalökonomen Sir Arthur Salter, sind alle sehr logisch und einleuchtend, soweit sie sich auf die Berechtigung allein zu beziehen. Sie werden aber sofort jede Bemerkung und vor allem jede Überzeugungstrafe, wenn man das in Ottawa begonnene Werk in seiner weiteren Tragweite betrachtet, besonders auch als beispielgebend für die in voller Wirtschafts-Souveränität zugrunde gelegten Einheiten außerhalb des Britischen Reiches, daß im Wännenreich allein das Ziel nicht liegt, dafür und die Berechtigung allein zu beziehen. Sie werden aber die Frage, ob über den Weg größerer Einfließen binnenländischer Zollfreiheit das Ziel möglichst weitgehenden Freie-

Das erste Kontingent perfekt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRUSSEL, 1. OKTOBER

Die Verhandlungen über die Kontingentierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die die Reichsregierung beschäftigt, wurden heute in Besprechungen mit der belgischen Regierung unter Leitung von Dr. Walter vom Bundeswirtschaftsministerium zum Abschluß gebracht. Es ist eine grundsätzliche und eine beschließende Einigung erzielt worden. In Betracht kommen vor allem Getreide, Weizenbrot, Mehl, Hirsen, Butter, Röhre und Kalbfleisch.

Das Abkommen wird nicht mehr als 250 000 Mark als Ausfall für Belgien zur Folge haben. Als Kompensation scheint Belgien eine Befristung der deutschen Rohenerzeugung erreicht zu haben.

handels zwischen diesen großen Einheiten zu erreichen ist, ist nicht so absolut und unfehlbar zu verneinen, wie es die Freihandelsdogmatiker unter den englischen Liberalen jetzt tun. Das wesentliche Moment ist eben dieses, das man nicht ohne Gefahr hat und im Sinne behält. Und da nicht gegenüber den dogmatischen Behauptungen und schwarzen Behauptungen der Camel-Überlebens, die ja gewiß nicht ganz unbegründet sind und durch die wirtschaftlichen Statistiken der englischen Kollektive immer wieder Nachtrag erhalten, das Bestehen des jetzigen engherigen Kabinetts, und zwar auch seiner Interventionen Mitglieder, daß die Wiederlegung der Handelsliberalen nicht zu vermeiden und wirtschaftlich zu erreichen ist, und daß die Politik im Interesse der Welt ein Ziel hat und bleibt.

Man hätte es allerdings lieber gesehen, wenn der Aufbruch des Macdonald-Balwin-Kabinetts nicht aus wirtschaftspolitischen und sozialistischen Gründen, sondern aus sozialpolitischen und allgemein politischen Ursachen erfolgt wäre. Das wäre dann die Regierungserklärung gewesen. Aber gerade das wollen offenbar auch die oben behaupteten angrenzten Überlebens vermeiden. Es ist beim besten Willen in allen anderen Fragen mit der Regierung zusammenzugehen wollen. Es bleibt aber abzuwarten, ob sie ihre jetzt erlangte größere latente Bewegungsfreiheit nicht durch aussäen werden, etwas mehr Tempo und Erfindungsgeist in die politische Außenarbeit dieses „nationalen Konzentrationskabinetts“ zu bringen, das sich in dem ersten Jahr seiner Tätigkeit darauf konzentriert hat, die Weltwirtschaft durch eine Preisoberste zu erleichtern, ohne der Nation ein grundlegendes produktives Programm für neues Wachstum auszurufen zu lassen. Angesichts der immer noch steigenden Arbeitslosigkeit ist es nicht zu erwarten, daß die Regierungspolitik der „Daily Herald“, den Plan Lloyd George aus dem letzten Tage des alten Parlaments wieder aufgenommen, die großen Summen draußengedruckten Geldes, die sich in den Jahren der Inflationsperiode und in den Monaten der Ernährungsnot in allen Ecken des Landes angehäuft haben, für einen großartigen Bau- und Verbesserungs-Plan auf den vertriebenen Gebieten zu mobilisieren und produktiv zu machen.

Ob diese Tag um Tag feurig betriebene Kampagne mehr Erfolg haben wird als feingeziehener Vorstoß Lloyd George ist eine offene Frage. Sicher ist, daß viel Geld im Ausland ist, das normalerweise durch die Geldfluten der Krieg in alle Richtungen zur Erschließung und Zitierrückkehr entsetzter Länder fließen würde und eben so sicher ist, daß es hier in England sehr leicht Gelegenheit für die nutzbringende Verwendung in einem Maße finden könnte, von dem sich der Welt kaum bemerksame Ausläufer, der nie in England war, gar keine Fortleitung machen kann.

Da ist z. B., um ein Gebiet zu nennen, das Verleugungswort „Central Electric Board“ durch die Fremde, wenn man nur wissen will, was es für Städte und Kapitalien der Welt in sich enthält, wenn er sogar im „besten Staat am Platz“ kein elektrisches Licht und noch lange nicht in allen Zimmern und Lichtleuchten einen Gasofen findet. Der „Central Electric Board“ hat ja schon viel getan und hat manche Klänge, aber sein Tätigkeitsfeld ist noch kaum angeht. Allerdings hat der englische Unternehmergeist, der so gerne fern über den Ozean und Kapitalien zur Fortschrittlichen Vererbung untersteht, Widerstände nicht heimlicher Natur zu überwinden.

Überlandzentrale brauchen zur Bereitung von Licht und Strom Hochspannungsmotoren, auf englisch Pylons genannt. Diese Pylons sind ein Lieblingsstange der Pfeilschreiber an alle englischen Zeitungskorrespondenten. Sie „verhandeln“ die Kammerfahrt, das in seinem Würdenschiff folgende „rural England“.

Durch den „Neuen Fort“, den schönsten großen Gebelndort, der sich nordwestlich von Southampton hinlegt und auf dessen Moorflächen viele Pferde weiden, soll eine Überlandleitung gezogen werden. Es regnet Profete. Erst heute wieder konnte man in einem Brief an die „Times“ lesen:

„Zugehen, daß die Arbeit des Central Electric Board im Interesse der ganzen Weltgemeinschaft ist, so möchte ich die Sande von dem, was man für neuartigen Gebäuften, daß er davon so persönlichen Schäden hat und Vorteile nicht sieht und auch gar nicht wissen will, so muß doch gesagt werden, daß auch der Geduld des New Fort ein Anzeichen für die ganze Nation ist.“

Der Versuch, der Wäler Art und der Urgründer Komfort zu erhalten, erschweren offenbar den heimischen Wäler für alle die nächsten mehr als ein Jahr, die man für neuartigen Gebäuften, daß er davon so persönlichen Schäden hat und Vorteile nicht sieht und auch gar nicht wissen will, so muß doch gesagt werden, daß auch der Geduld des New Fort ein Anzeichen für die ganze Nation ist.“

Das neue Ottawa-Gesetz ist vorüber. Nachdem in den letzten Tagen vor seinem Niedergehen der Name des Außenministers Sir John Simon immer wieder in den Hören der kommenden Dinge hineingezogen worden war, bereit man davon nichts mehr. So er immer sehr unzufrieden, daß Macdonald-Balwin die man für neuartigen Gebäuften, daß er davon so persönlichen Schäden hat und Vorteile nicht sieht und auch gar nicht wissen will, so muß doch gesagt werden, daß auch der Geduld des New Fort ein Anzeichen für die ganze Nation ist.“

Billiges Fleisch für Erwerbslose

Amlich wird mitgeteilt: Die von der Reichsregierung beschlossene Fleischförderungsmaßnahme für die bisherigen Kreis- und Arbeitslosen und hiesigen Hilfsbedürftigen für eine Zeit von einem Monat um 20 Pfennig zu senken wird.

Europäische Partei begründet

Die Parole von Basel

Bericht der Vossischen Zeitung

BASEL, 1. OKTOBER

In dem mit den Fahnen der europäischen Länder und den Namen Europas festlich geschmückten Festsaal der Stadt Basel fand heute vormittag die feierliche Eröffnung des Europäer-Kongresses statt. 600 Delegierte aus allen europäischen Ländern hatten sich bis vier Tage eingedrängt, die zugleich das zehnjährige Jubiläum der Gründung der Panuropa-Bewegung feierten. Es soll inmitten einer bedrohlichen politischen und wirtschaftlichen Krise Europa eine Wandlung zu europäischer Solidarität bedeuten, über alle nationalen Gegensätze das Bewußtsein der europäischen Schicksalsgemeinschaft werden und die Schaffung einer politischen Organisation Europas fördern.

Zu diesem Zweck kündigte der Präsident der Panuropa-Liga, Coudenhove-Kalergi, die Gründung der Europäischen Partei an, die den Kampf um die Verwirklichung des europäischen Gedanken aufnimmt, soll, wenn möglich, erklärte er, mit den Regierungen, wenn nötig, gegen die Regierungen, er erklärte, daß seine Zeit mehr zu verlieren sei, da Europa vor einem neuen Ära stehe und die Besätze der Regierungen, Europa zu einigen, gefährlich seien.

Das Programm der Europäischen Partei, die auf inneren und äußeren Frieden, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, persönliche und nationale Freiheit gründet, ist, fordert u. a., einen europäischen Staatenbund durch gegenseitige Garantie der Souveränität und Sicherheit aller europäischen Staaten, Revision der Friedensverträge, europäisches Bundesgericht und europäisches Militärtribunal mit gemeinsamen Generalstab und gemeinsamer Verteidigung, die Sicherung des Friedens und einer gleichmäßigen Abwicklung. Die europäische Friedenspolitik sollte eine interkontinentale Zusammenarbeit durch einen alle Staatengruppen der Welt umfassenden Völkerverbund einleiten.

Ferner wird erstrebte enges Einvernehmen mit dem Britischen Reich, Streichung aller internationalen Kriegsgeldstrafen, Neutralität bei allen Konflikten zwischen außereuropäischen Staaten und die Wahrung der europäischen Monroe-Doktrin.

Die wirtschaftlichen Ziele sollen durch einen europäischen Zollverein verwirklicht werden, der einen schrittweisen Abbau aller Zölle und Wirtschaftsbarrieren zwischen den europäischen Staaten, bogen einen gemeinsamen Zolltarif der europäischen Weltwirtschaft und Anbahnung vorwärts. Ferner fordert das Programm die gemeinsame Erschließung der europäischen Ressourcen und eine europäische Währungs-

Der innere Frieden soll durch eine gemeinsame europäische Sozialpolitik gefördert werden. Diese steht u. a. die Sicherung des Existenzminimums für alle Arbeitstätigen vor, die Überwindung der Arbeitslosigkeit durch produktive Wirtschaftspolitik, Abbau der Arbeitszeit. Ferner werden gefordert: korporative Wirtschaftskammern zur Überwindung des Klassenkampfes, Ausgleich und Angleichung der sozialen Lage. Das Programm enthält ferner Forderungen nach einer europäischen Schöpfung der nationalen Kultur und regionalen Traditionen.

Zum Schluß hat die Europäische Partei schärfsten Kampf an der Kriegspolitik, dem Wettstreit, der nationalen Unterdrückung und internationalen Verleumdung, dem Gland und der Arbeits-

„Acerbo animi“

Enzyklika für Mexiko

Der Papst hat für die Katholiken in Mexiko eine Enzyklika erlassen, die mit den Worten „Acerbo animi“ beginnt und den ethischen Richtlinien für ihr Verhalten gegenüber dem mexicanischen Staat gibt. Der Heilige Stuhl habe, ohne sich Missionen hinzugeben, den jetzigen Modus vivendi mit der Regierung abgeschlossen, um den solange einsetzenden Gottesdienst wieder zu ermöglichen. Die Regierung habe sich verpflichtet, die Gesetze mitder anzuwenden. Jeder leide die Verfassungen betrogen worden, hat das Friedens sei eine Veränderung der Verfassungen eingeleitet, die der Papst mit zutreffenden Zusätzen vergleicht. „Es erganzene Unternehmung unter das ungeredete Gesetz bedeute nicht seine Anerkennung.“

*

Diese Enzyklika ist nicht zufällig kurz nach dem mexicanischen Präsidentenwechsel erschienen, der in dem neuen Manne Rodrigues wieder den scharferen Sturz des Kirchenfeindes Calles aus Ader gebracht hat. Der vollbrohende Ton kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Vatikan in auf sich selbst seine Missionen für die mexicanischen Verhältnisse stellt, aus der Perspektive zur Offenheit überzugehen. Aber zugleich ist „Acerbo animi“ auch eine Warnung an die mexicanische Regierung, den Bogen nicht zu überspannen.

Al Smith für Roosevelt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 1. OKTOBER

Al Smith, einer der Mitbewerber um die Gegenkandidatur Hoover im Präsidentenwahlkampf, hat sich jetzt öffentlich für Roosevelt eingesetzt, der ihn in der Vorwahl besiegte. Er warnt aber den demokratischen Kandidaten — dessen Wahlkampf unter dem Motto „Rückkehr der Prosperität durch Föhung

Ischkeit, der Sklottenfrage und dem Kommunismus, der Korruption, der Demagogie und dem Materialismus in 19. Jahrhunderten.

Der Europa-Kongress soll zugleich durch Aufstellung wirtschaftspolitischer Richtlinien Vorschläge für die Weltwirtschaftsreform enthalten. Die paneuropäischen Beziehungen finden gerade in Basel, der Schweizer Grenzstadt, die in enger Verbundenheit mit ihrem deutschen und französischen Nachbar lebt und stets jede internationale Gemeinschaftsarbeit begrüßt und gefördert hat, lebhaften Widerhall. In seiner Begrüßungsansprache wies der Völkerverbundungspräsident Dr. Völkerverbundung im Namen der Bundesregierung darauf hin, daß sich der Kongress alle sich für seine Tugend der Stadt eines Landes genützt habe, das im Heinen bereits den Gedanken Europa verwirklicht habe, einer politischen und wirtschaftlichen Einigung kulturell verschiedener Nationen, Weltgesellschaft, Panuropa und Völkerverbund, für den er ein reichhaltiges Bestehen abgibt, verkörpert den gleichen Gedanken einer Verbundenheit der Völkerverbundung auf unvorstelliger Grundlage.

Die Rede der Begrüßungsansprachen der Vertreter der einzelnen Delegationen eröffnete Minister A. D. Koch-Weser, der im Namen der reichsdeutschen Teilnehmer erklärte, daß Deutschland seine Haltung in internationalen Fragen, die aus dem Charakter eines großen Völkerverbundung, vielfach mitführenden wurde, daß der Völkerverbundung zahlreiche deutsche Vertreter begreut, daß das Bestehen der europäischen Zusammenkunft in Deutschland bestehn und wachse. Der frühere englische Kolonialminister A. J. B. sprach die Hoffnung aus, daß der Kongress in Basel der amerikanischen Konföderation ebenfalls förderlich sein möge, wie dies die Konferenz von Ottawa für das Britische Weltreich gewesen sei. Die Helge Vereits hat auch Gaitung veranlaßt, dem Kongress beizutreten.

Coudenhove-Kalergi hielt das einleitende Referat. Europa ist von zwei großen Gefahren bedroht: Weltrevolution und Weltkrieg. Die Regierungen, wie auch die europäischen Parteien haben vollständig versagt, da sie einander mit interparteilichen Schlagworten betäufeln, während sie alle in der Außenpolitik mehr oder weniger nationalistisch seien. Im Gegensatz zu diesen Parteien und Regierungen haben die Massen Frieden, Arbeit und Wohlstand. Sie diese Massen appellieren wir über die Köpfe der Regierungen und Parteien hinweg. Wir rufen sie auf zum Eintritt in die große europäische Partei, zum Kampf gegen Krieg und Revolution, zum Aufbau des europäischen Staatenbundes. Nur auf diesem Wege kann Europa geeint und gerettet werden.

Die Welt bedarf infolge der Unvollständigkeit der Technik zu immer größeren Einheitsverbänden. Die Welt ist ein einziges Dorf. Europa ist kein Dorf, sondern ein großer Staat, ein großer Staat, ein großer Staat. Der menschliche Konflikt wurde schließlich zum Zusammenstoß der großen Menschheit führen. Das Britische Reich habe damit begonnen, sich in ein ungeheures Weltwirtschaftsbandnis umzuwandeln. Zwischen diesen vier politischen und wirtschaftlichen Weltmächten der Zukunft bedeute Europa, geteilt in 26 politisch-wirtschaftliche Einheiten, einen Anarchismus. Das vereinigte Europa soll auf eine gleichberechtigten Weltmacht organisiert werden.

Dr. Schweiß, Isch für Coudenhove-Kalergi unter Hinweis auf die Welt, die metallische Grundmacht im Herzen Europas mit der Verfassung, die auf Selbstbehauptung der Kantone, Gleichberechtigung der Sprachen, gemeinsamen Zöllen beruht, muß beispielgebend für die fünfjährige europäische Eidgenossenschaft sein.

der Kaufkraft des kleinen Mannes“ geführt wird — den „Klassenkampf“ im klassischen Band der freien Unternehmerrinitiative einzuführen oder zu führen.

Skandal in der französischen Flugzeugindustrie?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 1. OKTOBER

In unterrichteten französischen Kreisen geht seit Tagen das Gerücht von einem schweren Skandal in der Flugzeugindustrie. Der Aufsichtsratminister Pointeux hat sich sogar zur Veröffentlichung eines Demenstveranlaßt, in dem er gleichzeitig die Beschuldigung verdächtiger Dokumente und die Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung gegeben wurde.

Paris Midt behauptet, daß eines dieser Dokumente einen hohen Beamten des Aufsichtsratsministeriums der Postschifferei betraf. Die „Aberthe“ hat aber noch viel sensationelle Enthüllungen zu machen. Danach soll der Direktor der bedeutendsten französischen Motorenfabrik, die hauptsächlich Dieselmaschinen baut, die Motorenwerke des Unternehmens angeblich an eine deutsche Finanzgruppe verkauft haben, die auf diese Weise in den Besitz der Fabrikationsgeheimnisse für die französischen Mitteltriebfähigkeit-Motoren gelangt wäre . . .

Der Wirt mit dem Szepter

Im letzten Parlament von Ulster ergriß der einzige dem Unterhaus angehörende loyalistische Abgeordnete das „Szepter“ des Hauses und warf das heilige Symbol des Parlaments in seinem Bogen in den Raum, weil der Sprecher seinen Antrag, die Arbeitslosenfrage zu erörtern, nicht zur Diskussion stellen wollte. Der Abgeordnete verließ dann unter Protest den Saal.

Weißenfeller Streit vor dem Schlichter

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LEIPZIG, 1. OKTOBER

Die Verhandlungen über den Weißenfeller Streit vor dem schlichten Bundesrichter Dr. Kaufhold gestalten sich sehr lehrreich. Die Gewährschaften beharren noch wie vor sehr darauf, daß der angeblühende zehnjährige Lohnsatz für die 31. bis 40. Stundenwoche nicht durchgeführt werde. Sie sind entschlossen, den Kampf bis zum Erfolg durchzuführen. Gegenwärtig verhandelt Dr. Kaufhold mit den Arbeitgebern, um sich mit diesen über die Verhältnisse, die man den Gewährschaften machen will, zu einigen. Es wird wahrscheinlich verhandelt werden, den Gewährschaften ein Kompromiß damit vorzuschlagen, daß statt 10 nur 5 Prozent Lohnsatz eintritt.

Um die Neugruppierung im Osten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENÈVE, 1. OKTOBER

Der französische Ministerpräsident Bérriot empfing gestern den rumänischen Minister Madega u. a. abermals zu einer längeren Besprechung. Die Unterredung galt neben den Problemen der Konferenz von Strela und der Europa-Kommission des Völkerbundes hauptsächlich wiederum dem Verhältnis Rumäniens zu den angrenzenden Ländern. Die Rumänen sind in ihrer Abhängigkeit von Frankreich sehr empfindlich. Die Rumänen die einseitige Beilegung des ganzen Problems wünschen. Ein positives Ergebnis haben die Besprechungen bisher nicht gehabt.

Die Stimme Copen-Malm-dens

Das Recht auf Selbstbestimmung

Die Delegiertenversammlung der Vereinigten Landsmannschaften Copen-Malm-dens, die ihre Jahresagung in Åræfeld abhielten, faßten eine Entschliessung, in der es u. a. heißt:

Die Vertreter der Vereinigten Landsmannschaften gebeten ihrer alten Heimat in unerbittlicher Verbundenheit. In diesen Zeiten schwerer Kämpfe um endliche Befreiung der Welt kann die Welt nicht vorübergehen an dem Schicksal jener christlichen Männer und Frauen, denen fernerlich das Selbstbestimmungsrecht zugesichert worden ist. Die Art aber, wie die Bevölkerung von Copen-Malm-dens um das Selbstbestimmungsrecht, entgegen den Verträgen, betrogen wurde, war ein Sohn auf diese Verprechen und ist gleichzeitig fähig zu vereinbaren mit den eigenen Grundrissen des neuen Fernen, der selbst die Freiheit auf seine Fahne geschrieben hat.

Die Vereinigten Landsmannschaften haben keine feindseligen Wünsche gegenüber Dänemark; aber sie haben auch kein Verhältniß für jene Art „massenhafter Anstalts“, wie sie von maßgebenden belgischen Militärs betrieben wird. Die Copen-Malm-dens in erster Linie deshalb bei Belgien erhalten wissen wollen, damit Aachen fähig dem Feuer belagerte Kanonen ausgesetzt bleibt. Sie erwarten, daß die Reichsregierung mit Energie dafür sorgt, daß ebenso wie dem deutschen Volke an der East, auch den Bewohnern von Copen-Malm-dens das vertraglich zugesicherte, geschätzte Recht auf Selbstbestimmung endlich erfüllt werde.

Die Weltarbeitslosigkeit

Aus neuen Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes über die Arbeitslosigkeit ergibt sich, daß in den Monaten Juli, August und September 1932 die Arbeitslosigkeit gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres weiter gestiegen ist. In einigen Ländern wie England, Belgien und Dänemark ist die Arbeitslosigkeit sogar im Sommer neuer anstieg. In anderen sind die Ziffern der Arbeitslosen gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1932 prosentual etwas zurückgegangen.

Trotz der mannelfachen Vergrößerung der Ziffern (wie einige Länder nur die Unterhätten zählen) und trotz der Schwierigkeiten der faktualen und obligatorischen Arbeitslosenverzeichnisse läßt sich doch in einer Anzahl von Ländern eine erhebliche Verringerung gegenüber dem Frühjahre feststellen, und es geht nur aus den aus dem Arbeitsamt gegebenen Zahlen nicht hervor, wie das Amt selbst betont, ob die Verringerung nur vorübergehend oder ob sie ein Anzeichen einer wirklichen Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage darstellt.

Die Zahl der Arbeitslosen beträgt nach den Berechnungen des Amtes in Deutschland 28 Prozent der gesamten Arbeitskraft, in England 22,9, in Dänemark 21,5. Von den Mitgliedern der freiwilligen Arbeitsverordnungen in Belgien sind 40,5, in Holland 32 Prozent, in Dänemark 30 Prozent arbeitslos. Diese letzteren Ziffern können aber mit den vorgenannten, die sich auf Zwangsverordnungen beziehen, nicht verglichen werden. In den Vereinigten Staaten zeigen die gemittelten Zahlen ein Sinken in den letzten drei Monaten eine Verringerung der Arbeitslosigkeit von 31 auf 34 Prozent, während sie im August 1931 noch 20 Prozent betrug.

Präzisierung bei Neurath

Außenminister Freiger von Neurath hat gestern Volkshofen von Neurath vor der Minderheit auf seinen Posten in Washington empfangen.

Papen wartet auf Vorschläge

Neue Erklärung zur Abrüstung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 1. OKTOBER

Reichstagsler von Papen empfangen einen Vertreter des radikalen französischen Blattes „Republique“ Robert Vange zu einer Unterredung über den deutschen Wehrlandspunkt.

Als der Journalist einleitend von „einer schwierigen Stunde“ in der Geschichte der deutsch-französischen Verständigung sprach, fiel ihm der Rangler mit der Bemerkung ins Wort, man dürfe vor allem nicht den Ausdruck „Schwierig“ gebrauchen. Er habe in Lausanne dem französischen Ministerpräsidenten Bérriot den Wunsch ausgedrückt, einen Konfliktvermittlungsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland abzuschließen, damit nicht irgendeine Initiative der beiden Mächte ihre Beziehungen beeinträchtigen könne.

Der Rangler fügte „mit größter Festigkeit“ hinzu, er sei ebenso wie alle Deutschen der Ansicht, daß die Wiederherstellung Europas nicht möglich sei, solange die Gleichberechtigung in der Frage der Wählungen nicht anerkannt ist. Er verfuhrte aber, daß Deutschland keineswegs aufrichten wolle, sondern nur darauf bestünde, sich der unbedingt notwendigen Elemente für seine Sicherheit beraubt zu sein in einem Augenblick, wo die Armeen der anderen Mächte technisch auf das modernste ausgerüstet seien. Die verantwortlichen Staatsmänner könnten — sagte der Rangler fast — sehr wohl nach der Anerkennung der Gleichberechtigung und der Erklärung, daß kein Land aggressive Absichten habe, ein Abkommen finden, das Deutschland Genugtuung für seine berechtigten Forderungen gäbe.

von Papen unterließ dabei besonders, daß es jetzt an den anderen Mächten liegt, diese Abkommen vorzubereiten.

Der Rangler betonte dann weiter die Notwendigkeit, den lokalen und direkten Meinungsaustausch zwischen den Vertretern Deutschlands und Frankreichs fortzuführen, um ein besseres Verständnis der gegenseitigen Anschauungsweise zu erreichen. „Denn ich habe den tiefen Wunsch“, schloß von Papen, „für den Frieden zu arbeiten. Ich erwarte einen Modus vivendi, der Deutschland gestattet, an den Beratungen der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.“

Freihandelsfieg in Schweden

Bericht der Vossischen Zeitung

STOCKHOLM, ENDE SEPTEMBER

Fer Albin Hansson, der nach dem Tode Brantings im Jahre 1925 zum Vorkämpfer der sozialdemokratischen Partei gewählt wurde, hat jetzt die fünfte Arbeiterkammer Schwedens gebildet. Die Sozialdemokraten haben bei der Kammerwahl 104 von den 230 Mandaten erhalten. Schluß wenn man die Mandate der beiden sich in erbitterter Konkurrenz gegenüberstehenden kommunistischen Gruppen hinzurechnet — zwei der Moska-Kommunisten und sechs der unabhängigen Kommunisten — so bleibt doch eine Minderheit von 12 Mandaten. Ohne Unterstützung der bürgerlichen Kräfte würde die Regierung machtlos. Aber die Sozialdemokraten haben mehr als irgendeine andere Partei gewonnen, nämlich fünfundsiebzig Mandate, und haben als die vom Wahlgesetz Weisbegünstigten nach dem Bruch Schwedens, wo seit dem Durchbruch des Parlamentarismus vor zwanzig Jahren nur eine einzige Majoritätsregierung am Ruder war, das Recht, die Regierung zu bilden.

Die Hauptrolle bei der Wahl spielte die Frage: Protektionismus oder Freihandel. Die politische Bedeutung des Wählergebnisses liegt darin, daß die Vintarspartei, auch ohne die Kommunisten, eine freihändlerische Mehrheit in der Zweiten Kammer darstellte. Der stark protektionistische Bauernbund hat allerdings seine Mandatsziffer von 27 auf 36 erhöht. Aber nach Freihandels Standpunkt aus gesehen, wird dieser Zuwachs durch den Niedgang der ebenfalls stark protektionistisch eingestellten Rechtsparlei ausgeglichen, und zwar von 73 auf 58, die größte Nieder-

Neurath's Echo

Die gestrigen Erklärungen des Reichsaussenministers von Neurath seit keineswegs möglich, auf diese „lächerlichen Erklärungen“ zu antworten und die nutzlose Polemik fortzuführen, sagt das „Journal“. Neurath habe auch jede Verhandlung unmöglich gemacht, meint „Recht Verleitet“, denn mit seinen Behauptungen, die nichts anderes seien als „ein Gewebe von Unrichtigkeiten und Gegenwärtigkeiten“, habe er buchstäblich alle Bünde abgebrochen und in ultimativem Ton jedes Kompromiss abgelehnt.

Was die Pariser Presse, angehendlich auf Grund einer offiziellen Parole, dem Reichsaussenminister vorwerfen hat, ist vor allem dreierlei: 1. Seine „Anhöflichkeit“ gegen die französischen und englischen Minister, deren Namen er artierte; 2. Seine „ultimative und völlig intransigente Haltung“ und 3. Seine „tendenziöse Interpretation“ der letzten Vorgänge in Genf. Aus den Erklärungen Neurath's geht hervor, daß es Deutschland gar nicht auf die theoretische und praktische Gleichberechtigung ankomme, sondern auf die völlige Freiheit zur Wiederherstellung. Daher nur komme es, daß Neurath jetzt nicht nur jede weitere Teilnahme an den Verhandlungen des Büros der Abrüstungskonferenz, sondern auch der Vollversammlung ablehne und jedes Kompromiss, für das sich gerade die Engländer lo sehr bemühen, von vornherein verwerfe. Deutschland treibe „bewußte Sabotage“, behauptet „Recht Verleitet“, was natürlich auf England und Amerika nicht ohne Einfluß bleiben könne.

Besonders verstimmt hat der Wortwitz Neurath's, daß es ihm in Genf nicht möglich wäre, Bérriot zu sprechen. Es wäre doch, lo wird erzählt, Neurath's Sache gewesen, den ersten Schritt zu tun; denn er sei doch der Minister, während Bérriot Ministerpräsident sei, also lächer im Rang führe. Wenn nun gar Neurath sich die Befugnisse, daß Bérriot in seiner Unterredung, daß über die Gleichberechtigung gesprochen habe, lo sei das einleuchtend. Bérriot habe nur erklärt, daß er darüber nicht sprechen könne und wolle. Außerdem sei er nicht verpflichtet, meint der „Matin“, Herrn Neurath den Text seiner Rede vorher zur Kenntnis vorzulegen, und endlich habe Neurath selbst in einem Schreiben an Bérriot in Genf sich überhöflich für Bérriot's angedrückte Rede bedankt.

lage, die die Rechte seit Jahrzehnten betroffen hat. Die Verluste der bürgerlichen Parteien waren eine Folge der Ertüchtigung über den Kreugerstreifen mit all seinen für das Land schwerwiegenden Konsequenzen.

Das Programm der neuen Regierung erhält sein Gepräge durch die parlamentarische Minoritätsstellung: es verbindet eine rein demokratische Politik, ohne die Vorzüge sozial. Es sind unauflösbare produktive Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Arbeitslosigkeitvermeidung, eine dringende notwendige Reform der Volkspensionierung, ferner eine drastische Sparpolitik, die jedoch die sozialen und kulturellen Einrichtungen verschont und hattdessen das Militärbudget besneidet, sofern die bürgerliche Elite solchen Maßnahmen ihre Unterstützung leiht. Das Programm enthält allerdings einen sozialistischen Ton, der aber nur pianissimo erklingt: die Regierung verpflichtet, der Frage einer „Staatskontrolle“ über die Handhabung der wirtschaftlichen Werte der Nation ihre besondere Aufmerksamkeit“ zuzuwenden.

Die Regierung Hansson wird auch von den Bürgerlichen als eine der stärksten und zuverlässigsten der letzten Jahre begrüßt. Der Ministerpräsident selbst, der als Kaufmann angefangen hat und in allen Kreisen größte Achtung genießt, hatte in den vorhergehenden vier Arbeiterregierungen den Posten des Reichsaussenministers inne. Der neue Außenminister Cambler ist ein abemähliger Sozialist, der viele Jahre hindurch an den Arbeiten der Völkerbundkommissionen und auch an der Abrüstungskonferenz teilgenommen hat. Als Minister ohne Portfeuille hat der ehemalige Außenminister Unbén der Regierung seine große administrative Begabung und seine völkerverständlichen Kenntnisse zur Verfügung gestellt. W.

Frankreich lockert Einfuhr-Kontingente

Für vierzig Industrie-Produkte

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 1. OKTOBER

Nach Versteigerung der Einfuhrkontingente für die letzte Oktober 1932 gibt das französische Handelsministerium bekannt, daß keinerlei Erweiterung der Liste der Industrieerzeugnisse vorgenommen worden sei. Auch habe keinerlei Vergrößerung des bestehenden Zustandes durch Verabreichung der zulässigen Mengen stattgefunden. In dem Gegenteil, für etwa vierzig verschiedene Produkte seien Einfuhrkontingente um 20 bis 30 S. erhöht worden, für mehrere Strumpfwaren sogar um 80 S. für halpferne Seidapparate um 100 S. u. s. w.

Auf der anderen Seite besteht für verschiedene Artikel praktisch noch ein Einfuhrverbot, weil die für das abgelaufene Vierteljahr festgesetzten Kontingente überschritten worden sind.

Das Communiqué des Handelsministeriums schließt mit der Hoffnung, daß durch die Auflockerung der Kontingente eine Besserung des Importhandels eintreten werde.

Professor Kriek's Straferzeugung aufzuheben. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, ist die Strafverurteilung des Professors Ernst Kriek an der Pädagogische Akademie in Dortmund aufgehoben worden. Professor Kriek lehrt am 1. Oktober wieder an die Pädagogische Akademie in Frankfurt a. M. zurück.

Kursus über Arbeitslosenhilfe

In der Verwaltungs-Akademie Berlin sprechen in der Zeit vom 3. bis 8. Oktober über: „Die Neugestaltung der Arbeitslosenhilfe“ Staatspräsident Reichler, Landrat Dr. Brauch, Oberamtsrat Dr. Aebard und Stadtrat Dr. Mathelius.

Louis Hagen †

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KÖLN, 1. OKTOBER

Geheimrat Louis Hagen, Mitinhaber des Kölner Bankhauses A. Levy, ist heute morgen nach kurzem Krankenlager sanft verschieden. Wie wir bereits mitteilen, hatte Geheimrat Hagen unmittelbar nach dem großen Festakt bei der Einweihung des neuen Kölner Handelskammergebäudes einen Schlaganfall erlitten, von dem er sich nicht mehr zu erholen vermochte. Das Ableben Hagens, der als 85. Mat. das 77. Lebensjahr vollenden konnte, ruft in Kölner Wirtschaftskreisen allgemeine Teilnahme hervor.

★

Mit Louis Hagen verliert die rheinisch-westfälische Wirtschaft einen ihrer bedeutendsten Repräsentanten. Er war nicht nur hervorragender Privatbankier, sondern vor allem hinaus als Präsident der Kölner Handelskammer auf vielen Gebieten Wortführer der rheinischen Wirtschaft. Die Tätigkeit Hagens in der Verwaltung der größten Industrie-Unternehmen — eine Zeitlang leitete Louis Hagen an der Spitze derjenigen, die das meiste Aufsichtsratsmandat innehaben — stempelte Louis Hagen weit über sein engeres Wirtschaftsgebiet hinaus zu einer der markantesten Erscheinungen des deutschen Wirtschaftslebens.

Es hat nur wenige Großtransaktionen gegeben, bei denen Louis Hagen nicht persönlich mitgewirkt hätte. Infolgedessen war ihm die Reichsgeldpolitik fast zur zweiten Heimat geworden. Seit dem Jahre 1877 leitete Hagen zu den mitverantwortlichen Inhabern des väterlichen Bankgeschäftes A. Levy in Köln. Mit ungewöhnlicher Elastizität nahm der fast Achtzigjährige bis in die letzte Zeit hinein an den Geschäften ansehnlicher Wirtschaft teil. Wer noch an vorgangenen Dienstag Gelegenheit hatte, Geheimrat Hagen mit bewundernswürdiger Frische das Präsidium bei der Einweihung des neuen Kölner Börsengebäudes führen zu sehen, der konnte nicht ahnen, daß diesem arbeitsreichen Leben ein so schnelles Ziel gesetzt sein würde.

Wiederholt ist Geheimrat Hagen in kritischen Angelegenheiten mit seinem Urteil an die Öffentlichkeit getreten, beispielsweise, als es galt, die deutsche Währung vor gefährlichen Experimenten zu schützen. Seine Ansichten fanden nicht nur bei Industrie und Handel, sondern auch bei den vornehmenden Kreisen der Wissenschaft und in den reichen wirtschaftlichen Erfahrungen öffneten ihm den Weg in den Generalrat der Reichsbank, in den Reichswirtschaftsrat, in den Rheinischen Provinzial-Landtag, in den Vorstand des Industrie- und Handelsrates sowie in viele andere Fachgremien.

Hotelbetriebs-Verlust

Weitener Umsatzrückgang im neuen Jahre

Die außerordentlichen Ereignisse des vergangenen und des laufenden Jahres haben durch eine starke Unterbindung des Fremdenverkehrs das deutsche Hotel- und Restaurationsgewerbe schwer betroffen. Davon leidet auch der Abschluß der Hotels des Reichsverbandes (Kaiserhof Bellevue, Central-Hotel) Zeugnis ab. Zwar hielt sich die Frequenz in den Häusern der Gesellschaft noch immer über dem gewöhnlichen Stand, doch ist der Umsatz in einzelnen Betrieben durchgesunken. Im Hotel-, Restaurations- und Café-Gewerbe sind die Umsätze jedoch sehr erheblich zurückgegangen. Die entsprechenden Umsatzzahlen sind unter Umständen ein gewinnbringendes Arbeitsjahr, besonders in den letzten Monaten des Jahres.

So muß die Gesellschaft bei 216,8 Mill. RM Aktienkapital für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr 1931/1932 einen Verlust von 337,0 Mill. anweisen, der nur geringsten Teils durch den Verkauf von Anteilen an den Gewinn von 381,1 Mill. RM verwandelt werden kann (im Vorjahre noch 6 pCt. Dividende). Der Bruttogewinn sank auf 6,48 (18,5) Mill. M. Wenn demgegenüber auch alle Ausgabenkonten erheblich herabgedrückt wurden, so reichen diese Maßnahmen doch nicht aus, um einen Gewinnabschluß zu ermöglichen.

In der Bilanz, in der als Hauptkapital die Anlagekonten mit nur 100.000 RM Abschlüssen verringert, mit 16,41 Mill. RM zu Buche stehen, zeigen sich infolge Umbuchungen einige Veränderungen. Diese betreffen die Vermögensgegenstände und das Effekten- und Kassenkonto. Während das Kassenkonto auf 7,8 Mill. RM angewachsen ist, erscheint das Effektenkonto, das im Vorjahre mit 6,4 Mill. RM aufgeführt wurde, mit nur noch 2,7 Millionen RM. Die Bilanz der Beteiligungsgesellschaft ist also ungeändert worden. Unter ihnen ist jetzt auch der Besitz an Aktien der Eisenbahn-Hotel-Gesellschaft, der Eigentümer des Central-Hotels, zu verzeichnen. Die Bilanz der Gesellschaft des Reichsverbandes hat drei Grundstücksbeschlüssen die Anteile der Wintergarten G. m. b. H., der Café Bellevue und Hotel Kaiserhof, der Grand Hotel Bellevue und Tiergarten-Hotel Weingarten, Emil Metzger G. m. b. H. und die Handelsgesellschaft für Hotelbedarf G. m. b. H. über die Bewertung im einzelnen werden.

Auch innerhalb des Beteiligungskontos haben sich starke Verschiebungen vollzogen. Die Bankguthaben betragen nur noch 18.000 RM (i. V. Bank- und bankähnliche Guthaben 4,8 Mill. RM). Hier sind infolge der erheblichen Beträge als „Guthaben bei Tochter- und verbundenen Gesellschaften“ verbucht. Sie erscheinen mit 33,5 (i. V. 10,5) Mill. RM. Die Forderungen an Tochtergesellschaften betragen 0,91 Mill. RM. Die Verbindlichkeiten erfolg sind, geht auch aus den geänderten Kontenbeziehungen hervor, ohne daß im Geschäftsbericht nähere Erläuterungen gegeben sind. Die Verbindlichkeiten sind nur 1,61 (1,42) Mill. RM verbindlich. In ihnen sind ausgenommen nur 0,39 Mill. RM Bankschulden enthalten, die zur Tilgung der Obligationen des Reichsverbandes nur noch mit 21.000 RM (0,39 Mill. RM) erscheinen, aufgenommen wurden.

In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres ist ein weiterer Umsatzrückgang gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zu verzeichnen.

Wie wir hören, hat die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels beim Reichskanzler und beim Reichsarbeitsminister dringlichen Protest erhoben gegen die Durchführungsbestimmungen zur Lohnprämien-Verordnung, die den Einzelhandel zum guten Teil von dieser Vergünstigung ausschließen.

Während laut § 23 Absatz 1 der Verordnung vom 26. September Saisonbetriebe eine Beihilfe selbst dann erhalten, wenn sie im Jahresdurchschnitt nur 90 pCt. der Vorjahresbeihilfe beschäftigen, werden im Absatz 2 Einzelhandelsbetriebe grundsätzlich von der Lohnprämie ausgenommen, wenn die Neueinstellungen im Zusammenhang mit Sonder-, Saison-, und Inventurverkäufen oder auf Grund des Weihnachtsgeschäftes erfolgen. In Fachkreisen erblickt man eine besondere Gefahr darin, daß die Auslegung des Begriffs „Sonderverkäufe“, der in den Wettbewerbsausschüssen und vor Gericht noch immer umstritten ist, namentlich in die Hände des Finanzrats gelegt wird.

Dem Einzelhandel würde bei enger Auslegung dieser Vorschriften jede Möglichkeit genommen sein, den Anfrüher der Saison und der Konkurrenz durch Werbung auszustatten und zu verstarben. Innerhalb der Hauptgemeinschaft ist man geneigt, in dieser Bestimmung einer einen beträchtlichen Lapsus zu erblicken, da die Liste der vergünstigten berechtigten Saisonverwerbe aufgeführt werden, andere Einzelhandelsgruppen dagegen nicht, obwohl ihre Lieferdienste ohnehin erhalten. Außerdem bedenklich wäre es freilich, wenn diese Scheidung und die Sonderverpflichtung für Sonderverkäufe, die in dem Kampf zwischen Groß- und Einzelhandel, große Bedeutung haben. In Fachkreisen stellen solche, in der rein konjunkturellpolitisch gemeinte Lohnprämien-Verordnung wettbewerbsunfähige Gesichtspunkte hineinzufragen. Möglich wäre es, daß der Einzelhandel in vielen Zweigbetrieben gehandelt hat, die grundsätzlich keine bezahlten Verkaufskräfte anstellen, also niemals Lohnprämien erhalten können. Das gleiche gilt aber auch für die in den letzten Monaten des Jahres 1932 im Einzelhandel 700.000 Arbeitnehmer beschäftigt. Unklare Verhältnisse in dieser Beziehung schädigen den kleinen Kaufmann für den Einzelhandel. In derartigen Fällen ist die Lohnprämienbestimmung für den Einzelhandel nicht, um seine Dispositionen treffen zu können, halbe Klarheit.

★

Wie wir weiter erfahren, beabsichtigt die Hauptgemeinschaft, dem Reichskanzler demnächst aus Anlaß der

neuen Agrar- und Wirtschaftsverordnungen ausführliches Material über die Stellung des Einzelhandels im Rahmen der neuen Wirtschafts- und über die herkömmlichen Wünsche, insbesondere auf dem Gebiete der Kredit- und Wettbewerbspolitik, zu unterbreiten.

Tiefstand der Warenhaus-Umsätze

Die Umsätze in den deutschen Warenhäusern sind im August auf einen neuen Tiefstand abgesunken. Mit einem Rückgang um 17,7 pCt. gegenüber dem Juli lagene sie, laut „Zeitschrift für Waren- und Kaufhäuser“ um insgesamt 20,5 pCt. niedriger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Gemessen an den Umsatzziffern ist namentlich die gesamte Aufwärtsbewegung der Warenhausumsätze aus dem Jahre 1928 bis 1928 gewissermaßen rückgängig gemacht. Die Augustumsätze dieses Jahres liegen um rund ein Drittel unter dem Stand von 1925.

Im einzelnen sind auch die Lebensmittelabteilungen, die bekanntlich einen besonders starken Ausbau erfahren haben, von dieser Enttrocknung nicht unberührt geblieben. Innerhalb sind, trotz des beträchtlichen Rückganges gegenüber dem Vormonat, noch um 41 pCt. höher als 1925. Berücksichtigt man, daß in der Zwischenzeit die Preise erheblich gesunken sind, so ergibt sich, daß die neu gemessenen Umsätze noch immer recht erheblich größer sein müssen als vor sieben Jahren. Dieses Plus wird freilich zum guten Teil durchweg gemacht, daß der Umsatz in Bekleidungsgegenständen im August gegenüber dem Vormonat um ein Viertel, gegenüber August 1929 sogar auf fast die Hälfte gesunken ist. Auch das Geschäft in Hausrat und Möbeln hat seine Abwärtsbewegung fortgesetzt. Man erwartet im Anbetracht der geringen Massenkonsumkraft auch zum Unzustand keine normale Belebung.

Überhaupt steht man in Fachkreisen auf dem Standpunkt, daß eine Besserung des Einzelhandelsgeschäfts erst zu erwarten ist, wenn in Zusammenhang mit der Börsenbewegung auch der Beschäftigungsgrad in der Produktionswirtschaft zunimmt und dann das Arbeitseinkommen als wichtigster Teil des Volkseinkommens sich zu steigern beginnt. Für die nächsten Monate werden demnach die Einzelhandels-Umsätze — abgesehen freilich von der üblichen Weihnachtsbewegung — noch auf einem tiefen Stand verharren.

Rückgang bei den Konsumvereinen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 1. OKTOBER

Bei den im Zentralverband deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen 153 Konsumgesellschaften trat im August ein weiterer Rückgang ein, von Juli zum August 1932 sank der Umsatz um 2,73 Millionen RM ab, im Vergleich mit dem Mitglieder verminderte sich um 2.132.480 auf 2.120.417 (Jahrgang: 2.248.057) Personen. Der August war nicht nur der bisher niedrigste Monat des Jahres 1932, sondern im Vergleich mit den entsprechenden Ziffern von 1926. Nach den Ermittlungen der Zentralstelle sind trotz der Schließung der Kaufkraft in den ersten Monaten des Jahres 1932 die Durchschnittsumsätze je Verteilungsstelle mit 6006 RM und mit 2124 je Verteilungsstelle niedriger als in irgendeinem vorhergehenden Monat dieses Jahres.

Bemerkenswert ist, daß die südwestlichen Bezirke, die man allgemein für krisenfest hält und die bisher unter den Wirkungen des allgemeinen Niederganges noch nicht so sehr zu leiden hatten, diesmal heftiger als der Durchschnitt betroffen wurden.

★

Leinewer-Vergleich gesichert. Zu dem gerichtlichen Vergleichstermin der Bernard Leinewer GmbH, Berlin, lagen für den Vergleichsvorschlag Zustimmungserklärungen in Höhe von ca. 33 pCt. aller Forderungen vor. Der Vorschlag sieht volle Befriedigung der Gläubiger bis zu 200 RM vor, während die übrigen Gläubiger 32 pCt. ihrer Forderungen bis einschließlich 1. Januar 1933 erhalten sollen. Die Forderungen über 200 RM sind in Höhe von 5 bis 10 pCt. zum 31. 12. 1935, die letzten 25 pCt. unter der Voraussetzung, daß die Hans Bäumler AG, München, die Leinewer-Kapital AG zum Zwecke der Übernahme der Leinewer-GmbH, ihr Kapital um 0,4 Mill. RM auf 1 Mill. RM erhöht. Der Vergleich selbst wurde letzten Endes erst dadurch ermöglicht, daß die D.D.-Bank mit ihrer Forderung ganz zurückgetreten ist.

Sanierung der Rockstohrwerke A. H. Heidenau. Die Verwaltung schlägt, wie der „Vossischen Zeitung“ aus Dresden gemeldet wird, der Sanierung der Rockstohrwerke A. H. Heidenau ein Budget von 2 1/2 von 450 auf 225 Mill. RM vor. Wie wir hierzu erfahren, ist der Betriebsverlust des Geschäftsjahres 1931/32 nicht übermäßig hoch, vielmehr ist die Bilanz für 1932 ein gutes Budgetniveau zur Abschreibung der Anlagen auf Zeitwerte bestimmt. Im Vorjahr ergab sich einschließlich 0,25 Mill. RM Vortrag ein Reingewinn von 0,95 Millionen Reichsmark. Die Bilanz zum 31. März 1932 dieser Buchdruckmaschinenfabrik befindet sich im Besitz des Generaldirektors Rockstohr und des Geheimrats Seidenberger.

Emelka verhandelt weiter. Die Münchener Lebensversicherung AG (Emelka), München, hat Mitte September die Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens beantragt und für Nachbringung der Unterlagen eine Frist von 14 Tagen gewährt erhalten. Diese Nachfrist ist am 27. September abgelaufen. Die Verhandlungen sind mit den Großgläubigern nehmen ihrer Fortgang.

Rückgang der Konkurse und Vergleichsverfahren. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts ver-

den im Monat September 1932 durch den „Reichsanzeiger“ 45 Konkurse und 10 Vergleichsverfahren eingeleitet. Im Vorjahre wurden 47 Konkurse und 306 Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 499 bzw. 386.

Keine Rentenkonversion in Italien

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MILAN, 1. OKTOBER

Der Erfolg der englischen und französischen Rentenkonversion hat zu der Annahme geführt, daß auch in Italien eine Konversion durchgeführt werde. Eine Konversion der italienischen Renten wäre jedoch nur mit großen Opfern möglich, die 35 Prozentigen Rendite erst steigen 77,2 auf 50 Prozentige konsolidierte Anleihe und der „Littorio“ auf 83 pCt. stehen. Außerdem bestimmt das Gesetz vom 6. November 1926 die Konversion der italienischen Staatsanleihe „Littorio“, daß sie nicht vor 1936 konvertiert werden darf und daß diese Bedingung auch für alle anderen im Umlauf befindlichen Prozentigen Schuldverschreibungen des Staates und somit die Prozentigen Consols gilt. Die Inhaber der 61.836 Mill. Prozentigen italienischen Staatsanleihe sind unter Ende 1936 keine Konversion zu befrachten. Erst nach diesem Datum hat die Regierung freie Hand, eine Konversion zu geringeren Zinssätzen anzubieten, wenn ihre Anleihe bis dahin über Paris gestiegen ist. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnte der italienische Staat nur versuchen, eine neue Anleihe zu 4 pCt. aufzulegen.

★

Hilfsmotor statt Motorrad. In der o. GV. der Marswerke gab der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Kommandant Hans Richter, Köln, folgende Mitteilung: „Aufgrund über den Geschäftsjahr und den Vermögensstand. Im Geschäftsjahr 1930/31 ging der Umsatz in Fahrrädern sehr stark zurück. Die Abteilung Motorräder wurde aufgelassen und dafür als neuer Artikel das Kleinkraftrad mit Sechsmotoren aufgenommen. Zugleich erfuhr die Abteilung Werkzeugmaschinen eine Erweiterung. Eine Beibehaltung dieses Fabrikationswesens wird besonders durch gute Auftragslage erreicht. Zur teilweisen Abdeckung des Verlustes wurde die Einziehung von 100.000 RM Stammapfekten genehmigt. Damit ist die Grundkapitalerhöhung auf 1.643.000 RM. Die Gesellschaft hofft, im laufenden Geschäftsjahr den ererbten Ausgleich zu erzielen.“

Stahlverein stellt 680 Arbeiter neu ein. Im Konzern des Stahlvereins werden, nach einer Drahtmeldung des Reichsverbandes der Eisenindustrie, 680 Arbeiter heute auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms bzw. der Bestimmungen zur erleichterten Vermehrung der Belegschaften 680 Arbeiter neu eingestellt. Die Abteilung Aufteilung Hoerde-Verein 200, der Abteilung Dortmund-Union 190 und der Abteilung Charlottenhütte 100 Mann. Man rechnet damit, daß in den nächsten Wochen weitere neuemwertete Neueinstellungen erfolgen können. Auf dem Weidbühlwerk in Witten wurden weiter 100 Arbeiter und auf der Abteilung Schalker Verein 100 Mann neu eingestellt.

Verdoppelte Belegschaft. Die Porzellanfabrik in Cortdorf bei Coburg hat, wie der „Vossischen Zeitung“ ergab, draht wird, zu ihren bisherigen 125 Arbeitern weitere 125 eingestellt.

